



HESSISCHER LANDTAG

31. 01. 2013

*Zur Behandlung im Plenum
vorgesehen*

Dringlicher Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Forschung, Lehre und Patientenversorgung in Mittelhessen auf Dauer stärken

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass die Privatisierung des Universitätsklinikums Gießen und Marburg ein Fehler war. Die erste und bundesweit einzige Privatisierung eines Universitätsklinikums wurde gegen die berechtigten Einwände von Experten der Wissenschaft, der Region und der Beschäftigten durchgepeitscht und noch dazu vertraglich schlecht vorbereitet. Die daraus resultierenden Schwierigkeiten wurden über Jahre von der Landesregierung ignoriert oder stümperhaft begleitet. Die Folgen für die renommierten Universitätsstandorte Gießen und Marburg sind Irritationen von Forschern, Wissenschaftlern und Studierenden, Ängste der Beschäftigten um ihre Arbeitsbedingungen und eine breite Verunsicherung in der Bevölkerung über die Qualität der Patientenversorgung.
2. Der Landtag stellt fest, dass die von der Landesregierung vorgestellte "Gemeinsame Vereinbarung" mit der Rhön-Klinikum AG sehr spät kommt, Lösungen auf die Zeit nach der Landtagswahl verschiebt und in zentralen Fragen erneut unklar bleibt. Das vereinbarte Stellenmoratorium ist unverbindlich und wurde von der Rhön-Klinikum AG schon wenige Stunden später umgedeutet. Die von der Rhön AG vertraglich zugesagten Investitionen werden jetzt mit staatlichen Fördermitteln ergänzt.
3. Der Landtag stellt fest, dass der Vertrag, den die Landesregierung mit dem Rhön-Klinikum bei der Privatisierung ausgehandelt hatte, die Zusage des Klinikkonzerns umfasste, Investitionen in Höhe von 107 Mio. € bis zum 31.12.2012 für die Inbetriebnahme eines Partikeltherapiezentrums in Marburg zu investieren. Diese vertragliche Leistung wurde seitens Rhön bisher nicht erbracht. Die "Gemeinsame Vereinbarung" verlängert nun die vereinbarte Frist um ein Jahr. Der Landtag kritisiert, dass die Landesregierung versäumt hat, rechtzeitig auf die Einhaltung des Vertrages zu pochen und sich engagiert für die Inbetriebnahme der Partikeltherapie zum Zweck der Forschung sowie der Krebsbehandlung am Standort Marburg einzusetzen. Die jetzige Fristverlängerung ist ein Armutszeugnis für die Hochschulpolitik des Landes.
4. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, von der Rhön-Klinikum AG endlich ein transparentes Konzept zur Personalentwicklung an den Klinikstandorten Gießen und Marburg und eine angemessene Einbindung der Beschäftigten in diesen Prozess einzufordern.
5. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die Auszahlung zugesagter öffentlicher Investitionsmittel sofort zu stoppen, wenn erneut Zweifel an der Vertragstreue der Rhön-Klinikum AG entstehen sollten.

6. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich endlich aktiv für die klinische Forschung und die Behandlung von Patienten mit besonderen Tumorerkrankungen im Bereich der Partikeltherapie einzusetzen. Dazu gehören:
- konsequentes Eintreten gegenüber der Rhön-Klinikum AG, die Inbetriebnahme der Partikeltherapie und die Behandlung von Patienten auch dann aufzunehmen, wenn zeitweise aufgrund zu geringer Patientenzahlen Zuschüsse zu den Betriebskosten notwendig sein sollten;
 - Verhandlungen mit der Siemens AG aufzunehmen, um die Partikeltherapie - eingebunden in universitäre Forschung in Deutschland - nicht nur in Marburg zu erhalten, sondern auch den geplanten Abbau 2013/14 der gesamten Anlage und eine Verlagerung ins Ausland zu verhindern;
 - Verhandlungen mit der Landesregierung Baden-Württemberg, der Universität Heidelberg und dem dortigen Partikeltherapiezentrum mit dem Ziel enger Kooperation aufzunehmen, um Synergieeffekte im Bereich der Strahlenforschung zur Tumorbekämpfung zu erreichen.
 - Die Universitäten Gießen und Marburg bei der Tumorforschung dabei zu unterstützen, das internationale Ansehen auszubauen.

Wiesbaden, 31. Januar 2013

Der Fraktionsvorsitzende:
Tarek Al-Wazir